



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

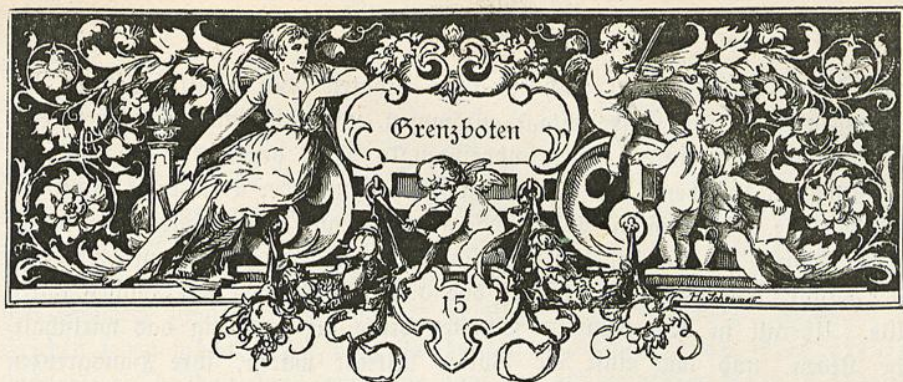
**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Wagner, Hans: Die deutsche Weltpolitik. 4

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Die deutsche Weltpolitik

Von Hans Wagner (Charlottenburg)

4



Die auswärtige Politik der modernen Staaten hat im letzten Drittel des neunzehnten Jahrhunderts in Zielen und Mitteln eine augenfällige Veränderung erfahren, die nun für die Folgezeit zum politischen Gesetz zu werden scheint.

Die Hausmachtspolitik, die jahrhundertlang die auswärtige Politik der Höfe beherrschte, hat nach unzähligen dynastischen Kriegen schließlich doch Fiasco gemacht: der letzte große Versuch zur Schaffung einer Hausmacht führte wieder auf die natürliche Staatsform, den Volksstaat zurück, und diese Form scheint nun gesichert, seitdem fast überall der dynastische Wille durch den Volksnutzen verdrängt worden ist. Die Wende des achtzehnten zum neunzehnten Jahrhundert brachte den Zerfall der Hausmacht Habsburg durch die Hausmacht der Bonaparte. Durch seine Hauspolitik — indem er nämlich die Mitglieder seines Hauses an die Spitze von nationalen Staaten setzte — und durch seine Polenpolitik förderte Napoleon jedoch unbewußt den nationalen Gedanken. Nach dem Zerfall des ersten Kaiserreichs wiederholte sich darum das, was nach dem Tode Alexanders des Großen geschehn war: es regte sich in den Völkern das Naturgesetz der Staatenbildung und schritt über die dynastischen Wünsche hinweg. Diese Entwicklung, die Bildung der nationalen Staaten, ist für Europa erst mit dem 18. Januar 1871 abgeschlossen worden — wenigstens für absehbare Zeiten, denn es ist noch ein Rest übrig geblieben: wir sehen, wie hartnäckig die Polen ihrem Nationalstaat nachhängen, und wie schwer heute noch das Völkergemisch Österreichs an den Überresten der habsburgischen Hauspolitik verdaut. Das Slawentum scheint wirtschaftlich zu erstarken, und dieser Aufschwung ist geeignet, auch politisch zu denken zu geben. Man kann aber im allgemeinen die Ara der Bildung von Volksstaaten für

abgeschlossen halten, wenn auch in allen Staaten noch partikularistische Bestrebungen gegen den Einheitsstaat ankämpfen, und sich einige bei den Grenzregulierungen von ihrem Volke abgesprengte Teile gegen die geographische Notwendigkeit sträuben. Der staatlichen Bethätigung der Volkskraft folgte die wirtschaftliche. Nachdem die Völker das Haus gebaut hatten, das unter nationalem Banner die Glieder der Volksfamilie einte, gingen sie mit erhöhtem Eifer daran, das Feld zu bestellen, das die Speisekammer des Hauses füllen sollte. Überall in den erstarrten Staaten regte sich gewaltig das wirtschaftliche Leben, und wie einst die Völker bestrebt waren, ihre Hausgrenzen gegeneinander abzustechen, so erstrebten sie nun dasselbe mit den Arbeitsfeldern: dem Grundsatz des Nationalstaats trat der der Nationalwirtschaft zur Seite, dem Errichten das Erhalten. So sehen wir nun die Völker die Mutter Erde in Arbeitsfelder teilen und sich nach Kräften ihr Teil von der Weltwirtschaft sichern. Mit dieser nationalen Volks- und Weltwirtschaftspolitik geht Hand in Hand das Streben, das über die Welt verstreute Volkstum um die Heimatflagge zu sammeln und dem staatlichen das „größere“ Volkstum zuzugesellen, Bestrebungen, denen zunächst rein wirtschaftliche Tendenzen zu Grunde liegen, die aber in Zukunft auch politischen Machtzuwachs zu schaffen geeignet sind.

Entsprechend der Entwicklung der Völker hat auch die Diplomatie ihre Ziele und Mittel ändern müssen. Die absolutistischen Dynastien, die sich mit dem Staat verwechselten, suchten die nationalen Bestrebungen zurückzudämmen, und da sie ein gemeinsames Interesse hatten, nämlich das dynastische, so mischte sich die auswärtige Politik der Mächte in die innere Politik der andern Staaten. Von der heiligen Allianz bis auf Napoleons III. Tage stand die Diplomatie unter der Herrschaft der Metternichschen Lehre von der Einmischung und Bevormundung.

Was ursprünglich nur gewollt war, um den „Geist der Empörung“ von den Thronen fernzuhalten, das wurde später ein Mittel zu dem Zweck, den Nachbarstaat politisch und wirtschaftlich niederzuhalten. Die Metternichsche Politik fand eifrige Anhänger an Nikolaus I. und Napoleon III., die die herkömmliche diplomatische Einmischungstheorie zu einer terroristischen Prestigepolitik erweiterten. Aber wie die innerpolitischen Grundsätze der heiligen Allianz in den Revolutionen zu schanden wurden, so stürzten ihre Lehren hinsichtlich der auswärtigen Politik bei Sebastopol, Königgrätz und Sedan zusammen: Metternichs diplomatische Schule erlag der neuen Lehre, die Bismarck stegreich in die Welt einführte, dem Grundsatz der unbedingten Neutralität und der Enthaltung von der Einmischung in die internen Angelegenheiten fremder Staaten; das sind diplomatische Regeln, wie sie schon das tägliche Leben als Lebensflugheit empfiehlt. Auf diesem Grundsatz der Objektivität baute sich allein die Möglichkeit auf, ohne eigne Gefahr die Rolle des ehrlichen Maklers zu übernehmen und als erbetener, nicht sich aufdrängender Schiedsrichter in internationalen Angelegenheiten den Lohn für die Bemühung von den beteiligten Parteien einzuheimsen. Die Bismarckische Politik der

Mäßigung und Zurückhaltung, die die bis dahin gebräuchliche Prestige- und Eifersuchtspolitik ablöste, und damit eine gewisse Ruhe und Stetigkeit in die bis dahin von Nervosität und Sprunghaftigkeit erfüllten internationalen Beziehungen brachte, war schon in der Praxis durch die Lage des Deutschen Reichs geboten. Es galt den mißtrauischen Nachbarn die Beruhigung zu schaffen, daß die neue Macht einen friedlichen Charakter trage, und es scheint, daß diese Absicht gelungen ist. Es zweifelt wohl niemand mehr daran, daß der Deutsche sein Schwert scharf erhält, weil er möglichst lange mit bösen Nachbarn in Frieden leben möchte. Die neue Methode der Diplomatie hat ihren Erfinder überlebt; sie bestand ihre Feuertaufe dank der diplomatischen Kunst Bismarcks, als sich bei der deutsch-französischen Auseinandersetzung Österreich, Rußland und England geneigt zeigten, die Metternichschen Grundsätze weiterzuführen. Und in allen Kriegen, die seit jenen Ruhmestagen deutscher Waffen und deutscher Diplomatie gefochten sind, hat sich der Bismarckische Grundsatz behauptet: wenigstens in diplomatischen Kreisen, denn die Einmischungsbestrebungen sind sonderbarerweise von den Diplomaten auf die Völker, die meist unter jener Litten, übergegangen. Während die verantwortliche Diplomatie aller Staaten mit kalter Ruhe die Ereignisse des spanisch-amerikanischen und jetzt des süd-afrikanischen Kriegs beobachtete und es nicht für gerechtfertigt hielt, den Grundsatz der Neutralität zu verletzen, heßen unverantwortliche Gefühlspolitiker in fast allen Ländern ihre Diplomatie auf. Wir sehen so eine vollkommene Wandlung in den Erscheinungsformen der auswärtigen Politik: ein nervöses Volk und eine kalte Diplomatie, eine Volkspolitik als Stachel der Kabinettspolitik; die Eifersucht der Höfe abgelöst von der naiven Prestigesucht der Völker: Marxisten, Sings, Chauvinisten, Panlawisten, Nationalisten rasseln mit dem Säbel, der Diplomat winkt ab; die ehrgeizigen lärmenden Fürsten und Staatsmänner sind durch ehrgeizige lärmende Volkspolitiker ersetzt. Und wie die erste Volkspolitologie, die der französischen Revolutionszeit, sofort eine Ära der Kriege brachte, so möchte man fast fürchten, daß die modernen Völker — wenigstens ihrem äußern Gebaren nach zu urteilen — die Kriegsfackel in Permanenz erklären würden, wenn die ernste Entscheidung ihnen zustünde und nicht den Kabinetten — was jetzt als Glück erscheint —; aber es wird ja nichts so heiß gegessen, wie gekocht, und so hat denn auch ein Menschenalter des Friedens gelehrt, daß die hohe Politik jetzt nicht von vorübergehenden Volksstimmungen und Gefühlen beeinflusst wird.

Beides, die aufgeregte Teilnahme des Volks an der auswärtigen Politik und die besonnene Haltung der Diplomatie stammt aus derselben Quelle, nämlich dem Vorherrschen der wirtschaftlichen Rücksichten. Vor einigen Jahren bezeichnete der österreichische Minister des Außern, Graf Agenor Goluchowski, die Handelspolitik als die Politik der Zukunft. Dieses Wort ist schnell wahr geworden, die Handelspolitik ist schon die Politik der Gegenwart. Wir sehen, wie der Weltmarkt die innere und die äußere Politik der Völker verquickt. In England und Nordamerika regt sich der Imperialismus, dessen wirtschaftliche

Motive unverkennbar sind, die kleinen Staaten Holland und die Schweiz fürchten mit ihrer wirtschaftlichen die politische Selbständigkeit zu verlieren und suchen Anschluß an eine Großmacht, in Deutschland hat der Weltmarkt die agrarischen und die industriellen Bevölkerungsklassen in scharfen Gegensatz gebracht, der sich auf die Auffassung der äußern Politik überträgt, und von den Völkern wägt jedes ab, welchen Wert es der Arbeit des andern beimesen darf, und prüft, ob die eigne Arbeit auch bei dem andern die entsprechende Wertschätzung finde. Es giebt kein Kulturvolk mehr, das sich selbst genug ist, die Welt ist von einem zusammenhängenden Netz wirtschaftlicher Adern umspannt, und wenn eine der Adern durchschnitten wird, dann leidet unter der Blutung der ganze Mechanismus. Das macht es auch leicht erklärlich, daß jetzt die weitesten Volkskreise den Gang der hohen Politik zu belauschen suchen, einige wohl aus hochgespanntem nationalem Ehrgeiz, die meisten aber aus eigenstem wirtschaftlichem Interesse. Die „Alldeutschen“ behaupten allerdings, wie das im Reichstag mehrfach geschehn ist: „Früher kümmerte sich das deutsche Volk nicht um die auswärtige Politik, weil es wußte, sie sei bei Bismarck in guten Händen; jetzt müssen die Staatsmänner beaufsichtigt werden.“ Diese Argumentation ist schon vom alldeutschen Standpunkt aus verfehlt, denn wenn es zu Bismarcks Zeiten schon einen Alldeutschen Verband gegeben hätte, so hätte er gerade zu Bismarcks Vernunftpolitik in der schärfsten Opposition stehn müssen (wie im ersten Teil dieses Artikels ausgeführt worden ist). Der wirkliche Grund, daß das deutsche Volk nun auch Einfluß auf die Führung der auswärtigen Politik zu nehmen sucht, liegt unzweifelhaft auf wirtschaftlichem Gebiete. Bismarck konnte die wirtschaftlichen und die politischen Interessen im Inlande wie im Auslande noch trennen, in der letzten Zeit seiner Amtswaltung aber auch nur unter Schädigung der wirtschaftlichen Zukunft. Jetzt ist das gänzlich unmöglich: man ziehe nur einmal das Verhältnis Deutschlands zu England und Amerika in Betracht. Als bei der Beratung des Fleischschaugesetzes gefragt wurde, warum der Minister des Auswärtigen nicht zugegen sei, da drückte sich in diesem Verlangen nach dem Grafen Bülow die sehr richtige Auffassung aus, daß eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Beziehungen zweier Länder auch die politischen Verhältnisse berühre, und es war zwar eine ganz hübsche Taktik der Regierung, den Minister des Innern beim Fleischschaugesetz in den Vordergrund zu schieben — es fragt sich aber, ob diese Taktik Erfolg haben wird. Die politische Stellung der deutschen Parteien, die ja längst Interessenparteien geworden sind, zum Auslande ist lediglich aus wirtschaftlichen Motiven, aus dem Einfluß, den die Weltwirtschaft auf die Volkswirtschaft ausübt, zu erklären, obgleich keine von ihnen es eingesteht, und jede ihre Stellung mit dem viel mißbrauchten Wort „national“ decken möchte.

Nehmen wir ein Beispiel aus dem Leben. Ein deutscher Tuchfabrikant hat eine große Warenlieferung nach China übernommen und hat seinen Betrieb darauf eingerichtet. Da bricht zwischen Japan und China Krieg aus, dem Kunden des Fabrikanten in China wird dadurch das Absatzgebiet verschlossen,

er kann die bestellte Ware nicht bezahlen, und der deutsche Fabrikant ist ruiniert. Er schließt seine Fabrik, Hunderte von Arbeitern werden brotlos, die darum dem Bäcker, Fleischer, Schuhmacher, Gastwirt usw. des Städtchens nichts abkaufen können. So schlägt ein politisches Ereignis auf Kreise zurück, die an sich gar nichts mit ihm zu thun haben. Der wirtschaftliche Schaden, der deutscher Arbeit jetzt aus dem südafrikanischen Kriege erwächst, läßt sich zahlenmäßig nachweisen, und welche Preisänderungen und Hemmungen haben der spanisch-amerikanische oder der japanisch-chinesische Krieg auch deutschen Firmen mit ihrem Arbeiterpersonal gebracht. Derartige Erfahrungen machen auch Privatleute zu auswärtigen Politikern, wie es die Börsenleute ja schon immer gewesen sind. Wir sehen ja auch, welchen Anteil z. B. die englischen oder amerikanischen Arbeiter an der auswärtigen Politik nehmen, wie sie ihre gesonderten Klasseninteressen zurückstellen, sobald die auswärtige Politik dem ganzen Volk, also auch ihnen, Vorteile verheißt. Die Politik ist jetzt überall darauf aus, dem eignen Volke möglichst weite Grenzen für seine Arbeitskraft zu sichern, und darum empfindet der Träger der Arbeit zu allererst die Wirkung dieses Grenzabsteckens; darum hängt auch das Auge des Erwerbsmannes jetzt mehr als früher an dem Leiter der auswärtigen Politik, und je nach seinen wirtschaftlichen Interessen beurteilt er auch den Gang der auswärtigen Politik: die Agrarier schelten, wenn sie sehen, daß sich freundschaftliche Beziehungen zu den Agrarstaaten anbahnen, und die Industriellen fürchten die Verschlechterung zu solchen Staaten, auf deren Güteraustausch sie angewiesen sind. Das ist die Übertragung der wirtschaftlichen Selbstsucht auf Fragen der auswärtigen Politik, ein Bestreben, das jeder Regierung ihre Aufgabe sehr erschweren muß. Das ist in allen Ländern so. Es würde auch jetzt der Kampfspreis nicht mehr in Grenzverschiebungen zu zahlen sein, sondern in wirtschaftlichen Werten, in barem Gelde, Handelsvergünstigungen oder in Kolonialland, das ja auch nur ein wirtschaftliches, nicht ein politisches Wertstück ist. Wenn Frankreich noch eine neue Niederlage erlitt, so würde es einen Teil seiner Kolonien opfern müssen, z. B. Madagaskar oder Hinterindien, das ja auch schon 1871 an Stelle der Milliarden in Aussicht genommen war. Die modernen Kriege sind kaufmännische Unternehmungen. Da nun solche Unternehmungen nicht plötzlich entstehen, sondern sich aus langsam steigenden volkswirtschaftlichen Bedürfnissen heraus zur Krisis entwickeln, so schaut auch das Volk die kommende Sorge und nimmt an ihr mit der Spannung teil, mit der jeder seine eigne wirtschaftliche Zukunft betrachtet. Es ist kein Wunder, daß in England die auswärtige Politik im Volke eine kräftige Stütze findet, weil sich die englische „Hospolitik“ von jeher in wirtschaftlichen Bahnen bewegen konnte. Einem sehr großen Teile des deutschen Volks macht man mit Recht den Vorwurf, es fehle ihm noch die rechte staatsmännische Einsicht, die verständnisvolle realpolitische Auffassung internationaler Dinge und der Weltpolitik und die Fähigkeit, den Gang der Diplomatie in rechter Weise zu unterstützen. Die Ursache dieser unerfreulichen Erscheinung liegt wohl mit darin, daß das deutsche Volk erst seit wenig Jahren in der Lage ist, weltwirt-

schaftliche Verhältnisse am eignen Leibe zu spüren. Staatspolitische Probleme sind zu abstrakt und darum zu schwierig für den Durchschnittsmenschen; sie spielen sich zudem in einem so kleinen Kreise ab, daß sie für die Massen nur vorhanden sind, wenn das Schwert den Knoten lösen muß. Die Jahre 1866 und 1870 brachten darum der Menge Überraschungen. Die Gewitterwolken, die die dynastische und die nationale Staatspolitik am politischen Himmel aufhäuft, sieht die Masse nicht, und sie empfindet auch nicht ihre diplomatischen Niederschläge: Olmütz regte die breite Masse nicht auf. Ganz anders ist es mit wirtschaftlichen Dingen: die Beschlagnahme von deutschen Dampfern, der Kampf um das deutsche Arbeitsfeld in Samoa waren von hohem erzieherischen Werte, weil diese politischen Lehren einfach und darum auch für den gemeinen Mann faßbar waren. Man sieht die Folgen: was die abstrakte Lehre von der Notwendigkeit einer starken Flotte, die umfangreichste Flottenagitation nicht erreicht hat, das haben die Thatfachen zuwege gebracht. Aus diesen Ereignissen sprach so deutlich, welche Vorteile für den materiellen Erwerb eine starke Wehr bietet, daß sich nun auch in solchen Kreisen Stimmung für die Flotte bemerkbar macht, die die Welt mit Aktien, nicht mit dem Schwert in Schach halten möchte: die Flotte ist eben der Arnhem des Nationalvermögens.

Gebranntes Kind scheut das Feuer, sagt man: die Macht der Erfahrung allein kann das deutsche Volk davon abbringen, mit dem Feuer der internationalen Brüdererei zu spielen. Man möge darum nicht verzweifeln, wenn das deutsche Volk zum großen Teile noch nicht weltpolitisch denkt, im Gegenteil, man kann sich freuen, wie schnell es in seiner Auffassung auswärtiger Dinge fortschreitet. Man vergegenwärtige sich nur, mit welcher Ängstlichkeit von amtlicher Stelle das Wort „Weltpolitik“ noch vor drei Jahren gemieden werden mußte; heute spricht man sans gêne darüber, und man wird sich auch den ersten Anforderungen einer Weltpolitik nicht verschließen, sobald man erst einmal durch Schaden klug geworden ist. Der deutsche Außenhandel steigt ruhig und gleichmäßig an, Arbeitsgelegenheit ist reichlich vorhanden, und das Schicksal möge verhüten, daß es anders komme. Aber es kann anders kommen. Das deutsche Volk kann in die Lage kommen, um die wirtschaftliche Blüte, die ihm jetzt kampflos zufällt, ringen zu müssen. Dann werden die, die sich jetzt am meisten der Weltpolitik verschließen, weil sie jetzt in den fetten Jahren keine sinnfällige Veranlassung für eine staatliche Ausbreitungspolitik zu erkennen vermögen, die ersten sein, die über die Regierung herfallen.

Man möge in den leitenden Kreisen auch nicht verzweifeln, wenn gerade die scharf nationalen Kreise bei uns einen geringen Instinkt für diplomatische Verhandlungen zeigen und darum nicht fähig sind, unsrer Diplomatie als Stütze zu dienen. Es geht den deutschen Chauvinisten so, wie einem stallmutigen Pferde, das hinten und vorn ausschlägt, weil es in der Stallpflege vergessen hat, daß es Zügel und Sporen giebt. Unsrer Chauvinisten haben sich einen Phantasiediplomaten zurecht gemacht, einen diplomatischen Herkules — und thun dem Altreichskanzler die Schmach an, für diesen Popanz seinen Namen

Bismarck zu mißbrauchen. Während Bismarck doch seine Erfolge durch seine realpolitische Auffassung der Dinge, durch seine Kunst, sich politisch nach der Decke zu strecken, errang, haben diese Schwärmer ihrem Idol die Gabe beigegeben, mit dem Kopf durch die Wand anderer Interessen zu können, und glauben nicht, daß es für ihr Wünschen ein Hindernis im Vollbringen geben könne. Es gab schon einmal in Preußen derartige Phantasten, die in der Begeisterung für das Vergangne die Fortschritte der Gegenwart verachteten und ihrem Vaterlande ein Jena bereiteten. Man kann Politiker, die mit Wahnvorstellungen behaftet sind, nicht als staatsmännisch nutzbringend anerkennen, man darf einer Gruppe, die dem alten deutschen Fehler verfallen ist, für gute Ziele falsche Mittel zu verwenden — ein Fehler, der die Begründung des Reichs um ein Menschenalter hinausgeschoben hat —, keinen ernststen Einfluß auf die dornenvolle Leitung der auswärtigen Politik einräumen. Wenn in Armeekreisen gern mit dem Säbel gerasselt wird, wenn Offiziere die Diplomatie überhaften wollen, dann ist das erklärlich, denn der kriegerische Ehrgeiz gehört zu den Berufspflichten des Soldaten. Aber tadelnswert ist es, wenn sich akademische Kreise, denen ja doch auch die Tagesschriftsteller zumeist angehören, aus ihrer Kenntnis der Geschichte heraus nicht zu diplomatischem Instinkt erzogen haben. In Deutschland ist der akademische Stand von jeher der Führer in nationalen Dingen gewesen: wie er allen voran die Idee der deutschen Einheit hegte und um ihretwillen litt, so ist von ihm auch die Idee des „größern Deutschlands“ zuerst und mit besonderm Eifer verfochten worden. Das hat bei der idealen Begeisterungsfähigkeit und Gründlichkeit des gebildeten Deutschen das Gute gehabt, daß sich die theoretische Erkenntnis von der Notwendigkeit der deutschen Expansionspolitik überaus schnell verbreitet hat, es hat aber auch den Nachteil gehabt, daß viel Theorie und falsche Theorie mit unterließ, und das Studieren über das Probieren gesetzt wurde. Es ist erstaunlich, wie viel Sonderbarkeiten gerade in den national führenden Kreisen über die auswärtige Politik ausgeframt werden und worden sind. Der Akademiker steht dem praktischen Leben fern und hat darum nicht den rechten Begriff, wie hart sich im Raume die Gedanken stoßen, wie schwer in der Welt Wünschen und Vollbringen zu vereinigen ist. In einem Berliner Blatt fand sich aus diesen Kreisen bei der Beschlagnahme deutscher Schiffe eine Zuschrift, in der die Regierung fast des Landesverrats bezichtigt wurde, weil sie nicht sofort alle englischen Schiffe mit Beschlagnahme belegt hatte. Und was ist in der Samoafrage gesündigt worden! Man verlangte alles Ernstes einen Seekrieg, ohne zu bedenken, daß er jetzt, solange unsre Waffen noch nicht genügend in stand gesetzt sind, wohl das Ende unsers Seehandels gewesen wäre, ganz zu schweigen von der nutzlosen Preisgabe unsrer Seemannschaften. Diese Unbesonnenheit findet sich vor allem in den Kreisen des Alldeutschen Verbands. Man kann privaten Kreisen ein gewisses Temperament in der Beurteilung auswärtiger Dinge nicht nehmen, es schadet auch nichts, wenn der scharfe Ton der Flöte einsichtiger Überredung der Diplomatie nachhilft; aber dann muß sich die scharfe Sprache gegen die

Sache richten und nicht gegen die Person des Diplomaten, dessen Schritte ja niemand kennt. Es ist aber leider noch immer ein Kennzeichen der deutschen Volkspolitik, daß sie dem Staatsmann in den Rücken fällt, statt ihn zu stärken, daß sie ihn vor dem Auslande erniedrigt, statt ihm Vertrauen auszusprechen und ihn auf diese Weise anzuspornen. Allerdings beschränkt sich diese persönlich gehässige Kritik auf Kreise, deren Absichten durchsichtig sind. Eine scharf nationale Partei ist bei uns eine besondere Notwendigkeit nach außen und nach innen, aber diese Partei muß, soll sie in Wahrheit fördernd für das nationale Wohl sein, die Sprache dem Verstande anpassen, sie muß die Grenze des Erreichbaren kennen, nur dadurch kann sie sich Ansehen und Gehör verschaffen. Für den Staatsmann ist eine solche Partei von ungeheuerem Werte, weil er sich bei Verhandlungen dieser Partei bedienen kann, um höhere Forderungen durchzudrücken. Aber dann darf eine solche Partei weder einseitig sein, noch sich durch ganz verschwommene Anschauungen und überschwängliche Phrasen lächerlich machen, wie das die Führer des Alldeutschen Verbands leider erreicht haben. Der Deutsche ist im allgemeinen ein ruhiger und langsamer Denker, er wird nicht, wie der Romane, durch Phrasen hingerissen. Darum konnten auch unsere Staatsmänner Realpolitik treiben, während die französischen Staatsmänner unter dem Druck ihres prestigelüsternden Volks einer Politik der Nadelstiche anheimfallen, die nur Fajshodas bringt. Es ist dringend notwendig, daß sich die chauvinistische Partei Deutschlands, der Alldeutsche Verband, maufert: er würde eine durchaus zeitgemäße und beachtete Gruppe im deutschen Parteileben werden. Man muß diese doch wenigstens ehrliche nationale Gruppe streng von den Politikern sondern, die im Bunde der Landwirte ihr Unwesen treiben, dessen Chauvinismus nicht im weltpolitischen Feuer erglüht ist, sondern auf wirtschaftlicher Selbstsucht beruht. Die Verstimmung, die die auswärtige Politik des Grafen Caprivi in weiten Kreisen erregt hat, benutzten damals die Agrarier, um unter der Maske von kouragierten Kolonialpolitikern ihre Sonderinteressen zu verfolgen, und dasselbe Ziel verfolgen sie jetzt, indem sie der Leitung der auswärtigen Politik Schwäche gegen das Ausland vorwerfen, obgleich doch die Thatfachen diese Kritik glänzend widerlegt haben. Die agrarische „öffentliche Meinung“ über die deutsche auswärtige Politik kann also nicht als nationale Kritik angesehen werden, weil sie aus egoistischen und parteitaktischen Gründen gefärbt ist. Es ist aber unzweifelhaft, daß durch derartige falsche Lehren dem deutschen Volke kein wahrhaft nationaler Sinn erzogen werden kann.

Für Deutschland kann nur eine Politik national genannt werden, nämlich die der Mäßigung und Berücksichtigung der gegebenen Verhältnisse und der vorhandenen Machtmittel, und unsere Staatsmänner dürfen sich von diesem Wege, den Bismarck realpolitisch nannte, auch nicht abdrängen lassen durch allerhand Geschelte, das unter dem Deckmantel nationaler Gesinnung schmählichen Eigennuz befriedigen möchte. Die geographische Lage Deutschlands, die ungeklärten innerpolitischen Verhältnisse, seine dualistische Wirtschaftsform zwingen ge-

radezu zu einer Politik der Mäßigung und Zurückhaltung unter Verzicht auf den Glitter der Prestigesucht, umso mehr, als zu den Mächten, mit denen der erste Staatsmann des Reichs zu rechnen hatte, noch neue hinzugekommen sind, die die einstige politische Konstellation gewaltig verschoben haben und auch das deutsche Volk vor die Notwendigkeit gestellt haben, der kontinentalen Politik die überseeische zuzugesellen und nun mit zwei verschiedenen Gewichten zu hantieren. Es bleibt für den deutschen Diplomaten, dessen Sorgen immer ernster werden, nichts weiter übrig, als eine sorgfältige Abwägung des *do ut des*. Die ruhige und unbefangene Lebensklugheit, die in diesem Grundsatz liegt, ist das ganze Geheimnis eines zufriednen Zusammenlebens auch der Völker. Aber wir sehen, daß auch im privaten Leben dieser Grundsatz von vielen zu ihrem eignen Schaden nicht befolgt wird: immer noch glauben viele einzelne, wie ganze soziale Klassen, daß sie am besten fahren, wenn sie ihr eignes Interesse ohne Beachtung anderer rücksichtslos betreiben, während sie doch wissen sollten, daß der Stoß Gegenstoß erzeugt und schließlich der Satz Recht behält: „Der Krug geht so lange zu Wasser, bis er bricht.“ Auch im politischen Leben und im internationalen Verkehr bekennen sich manche noch zu dem Grundsatz schrankenloser Rücksichtslosigkeit und des brutalen Egoismus. Im allgemeinen aber, das ist unverkennbar, geht die Tendenz der Zeit dahin, aus dem Kampf der Interessen, der privaten wie der internationalen, einen Weg des Ausgleichs zu finden, auf dem alle vorwärts können. Die noch auf der alten holprigen Straße der politischen und wirtschaftlichen Brutalität wandeln, mögen wohl zuweilen Glück haben, aber niemals einen dauernden Erfolg.

Wenn nun einige Kreise bei uns versuchen, die jetzige Leitung unsrer auswärtigen Politik, die die Bismarckischen Grundsätze mit der durch die Zeitverhältnisse gebotnen Erweiterung fortführt, in die Bahnen der Prestige- und Gefühlspolitik zu drängen, so handeln sie weder im Bismarckischen noch im deutschen Sinne. Es möge hier für die, die ihrem Verstande nur trauen, wenn er von einer Autorität ermutigt wird, eine Mitteilung Platz finden, die Fürst Bismarck einem Vertreter der „Hamburger Nachrichten“ zu Anfang des Jahres 1896 über seine Anschauungen von den Aufgaben der deutschen Politik gemacht hat. Er hat dem genannten Blatte zufolge wörtlich gesagt: „Die Thätigkeit einer französischen Regierung, auch mancher andern, setzt sich aus einer Reihe von Unternehmungen zusammen, die geeignet sind, entweder das Selbstgefühl der Nation oder die Herrschsucht der Regierung zu befriedigen. Frankreich ist aus solchen Gründen nach Algier und Tunis, nach Mexiko und Madagaskar gegangen, und andre Staaten haben andre Unternehmungen gemacht, von deren Gelingen sie irgend etwas für ihre eigne Sicherheit erwarteten. In germanischen Staaten und namentlich im Deutschen Reiche wird die Regierung, wenn richtig, in einem andern Sinne aufgefaßt. Sie kann unter Umständen eine zu positiven Thaten zwingende sein, wie die Herstellung der deutschen Nationalität es war, wo die preußische Regierung aus eigener Initiative die Führung der Nation übernehmen mußte. Nachdem die Lösung dieser

Aufgabe gelungen ist, kehrt eine deutsche, von Prestigebedürfnis und Herrschsucht freie Politik, wenn sie gewissenhaft ist, zu der Aufgabe zurück, die innere Entwicklung des Landes vor Störungen zu behüten, einer Aufgabe, bei der wenig positive und spezielle Unternehmungen vorkommen werden, sondern nur solche, bei denen es sich in der Hauptsache um die Fortführung der nationalen Entwicklung handelt.“

Der letzte Satz möge die Leute belehren, die es unsrer jetzigen Regierung zum Vorwurf machen, daß sie nicht auf so glänzende Thaten hinweisen könne, wie sie die Neugründung des Reiches war. Daß unsre Regierung aber die nationale Entwicklung nach der einzig möglichen Seite — der Seeseite — fortgeführt hat, lehrt die Geschichte. Wenn Fürst Bismarck dann in jener Mitteilung fortfährt: „Eine deutsche Regierung wird in ihren Entschlüssen nicht die Aufgabe haben, auswärtige Unternehmungen zu fördern, sondern den innern und äußern Frieden vor Störungen zu bewahren,“ so verbietet er in diesen Worten etwas, was er selbst — wenn auch unbewußt, wie der erste dieser Artikel darzulegen versucht hat — ins Rollen gebracht hat, und das nun unter dem Druck der Weltwirtschaft, der neuen Zeit, immer weitere Kreise zieht, die Weltpolitik. Der Fürst schloß mit den Worten: „Wenn es einer Regierung unter bewegten Verhältnissen gelingt, ohne Schaden für ihr Land zu regieren, so kann man nach menschlicher Unvollkommenheit und nach germanischer Eigentümlichkeit schon zufrieden sein. Das Regieren ist immer ein Gang auf gespanntem Seile in großer Höhe, und dabei nicht zu fallen schon eine Leistung, die nicht in jedermanns Fähigkeit liegt.“

Diese ruhige Betrachtung über die Aufgaben einer spezifisch deutschen Realpolitik mögen sich unsre Chauvinisten, die sich ja als die Erben Bismarckscher Staatskunst betrachten, zu Herzen nehmen, aber ihnen gegenüber gilt das Wort von Thiers: *Le pays est sage, les partis ne le sont pas.*



## Zur Frauenfrage

(Fortsetzung)



**S** ist charakteristisch für das neunzehnte Jahrhundert, daß seine gewaltige Kulturarbeit nicht sowohl mit fertigen, sichern Ergebnissen als mit Fragen abschließt. Das neue Jahrhundert wird diese ungelösten Fragen und mit ihnen auch die Frauenfrage einer praktischen Lösung entgegenzuführen haben. In erster Reihe aber steht dabei die Lage der Frauen und Mädchen der höhern und mittlern Gesellschaftsklassen, die angesichts des großen, sozialen und wirtschaftlichen Umbildungsprozesses, in dem wir zur Zeit stehn, nach erweiterten Wegen